

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 119.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Dornstedt in Dresden.

1922.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 16. Februar.)

Minister des Innern Lipinski:
(Fortsetzung.)

Darüber hinaus ist gegen den Ministerialdirektor Dr. Schmitt der besondere Vorwurf erhoben worden, daß er minderwertige und noch dazu diensthüngerere Herren tüchtigere Kräfte vorgezogen habe. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Ernennung eines vorzüglichen Rates im Lande großes Bestreben hervorgerufen habe, da dessen Leistungen unter der Kollegenschaft hinreichend bekannt seien und er auch seine Eignung für das betreffende Amt mitgebracht habe. Der betreffende ist aber in den Akten früher als „vorzüglich in der Gesinnung“ beurteilt worden. Der Entwurf der Ernennung ist von Dr. Schmitt mitgezeichnet. Ein Oberregierungsrat ist zum stellvertretenden Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt ernannt worden, obwohl er niemals in diesem Ressort gearbeitet hatte und von einem Berliner Posten von der sächsischen Regierung völlig abberufen worden war. Von seinem bürgerlichen Vorgesetzten ist er als oberflächlicher Arbeiter mit geringem Auftreten bezeichnet worden.

Unter dem 1. September 1919 ist ein Regierungsrat zum Amtshauptmann ernannt worden, obwohl er nach zwei Urteilen seiner Persönlichkeit nach für das Amt eines Amtshauptmanns nicht geeignet und auch verdrängt war. (Abg. Dr. Reinhold: Das Gesamtministerium hat ernannt!) Von einem Mitte 1919 ernannten Amtshauptmann heißt es in der Beurteilung: „Hinsichtlich der Persönlichkeit muß ich bemerken, minder eilig und weniger interessierte Sachen angeblich lange liegen zu lassen.“ (Weiterer links.)

Der Hervorhebung bedarf auch folgende Anmerkung: In einer Differenz zwischen dem Geh. Regierungsrat Ebmeyer und dem Freiherrn v. Jänsch, die dadurch entstanden war, daß Ebmeyer dem Amtshauptmann von Leipzig Verletzung des guten Rufes und der guten Sitte anlässlich einer Verhandlung vorgeworfen hatte, hatte sich Freiherr v. Jänsch unter Übersetzung des Kreis-Hauptmanns Lange unmittelbar an das Ministerium des Innern gewandt. Ministerialdirektor Dr. Schmitt hat die Angelegenheit zwischen beiden zum Austrag gebracht, indem er sein Vorgehen in seinem Schreiben vom 29. März 1920 folgendermaßen begründet:

„Im regelmäßigen Geschäftsgange würde der Kreis-Hauptmann darüber zu verfügen haben. Ich glaube aber, daß es im beiderseitigen Interesse liegt, eine solche Entscheidung zu vermeiden.“ (Weiterer links.)

Ein hinsichtlich seiner Befähigung und Kenntnis gut beurteilter Regierungsassessor wurde unter dem 1. März 1920 durch Beförderung des Ministerialdirektors Dr. Schmitt aus der inneren Verwaltung abgedrängt und als Regierungsassessor in ein Oberberufungsamt gestellt. Sein Vater ist Stiller. Dagegen wurde für einen abigen Herrn mit angeborenem Schwachsin, der den Staatsdienst wegen Unfähigkeit am 31. Oktober 1920 ausgeben mußte, noch eine Lønne gebrochen. (Hört, hört! links.)

Die Abteilung des Ministeriums unter dem 26. April 1921 an das Polizeipräsidium schrieb: „Der Entschiedenheit des Polizeipräsidiums bleibt es überlassen, ob bei dieser Gelegenheit das von dem Assessor v. X eingereichte Gesuch, das mit beifolgender Bescheinigung versehen.“ (Lebhaftes Hört, hört! und Zurufe links.)

der Bezirksamts für Kriegserfürsorge in Verbau geworden, und zwar seit Februar 1920 mit Genehmigung der IV. Abteilung unter Gegenzeichnung von Dr. Schmitt. (Lebhaftes Hört, hört! links.)

Unter dem 15. Mai 1920 zeigt der Amtshauptmann v. Römer in Verbau dem Ministerium des Innern an, daß er ohne Genehmigung des Ministeriums des Innern den Vorstand des Bezirksamts für Kriegserfürsorge, Freiherrn v. Jänsch, als juristischen Hilfsarbeiter der Amtshauptmannschaft in Pflicht genommen habe und sucht um nachträgliche Genehmigung dieser eigenmächtigen Maßnahme nach. Am 28. Mai 1920 hat das Ministerium des Innern die Befähigung des Freiherrn v. Jänsch als juristischen Hilfsarbeiters bei der Amtshauptmannschaft auch genehmigt und erneut eröffnet, daß er keine Aussicht auf dauernde Übernahme in den Staatsdienst habe. Mit Hilfe zweier militärischer Zeugnisse über seine militärische Tätigkeit, ausgehellt vom Wirklichen Geheimen Kriegsrat Sturm und vom General Köpfer, ist es dem Freiherrn v. Jänsch unter dem 1. August 1920 schließlich gelungen, als Regierungsdassessor und Staatsdiener im Bereiche des Ministeriums des Innern angestellt zu werden. Die Verfügung ist vom Ministerialdirektor Dr. Schmitt erteilt. (Hört, hört! links und Zurufe: Unglaublich!) Dabei ist in den Akten vermerkt, daß beim Landesamt für Kriegserfürsorge schon mehrfach Klagen und Beschwerden von verschiedenen Stellen eingegangen seien, weil die Geschäfte im Bezirksamt für Kriegserfürsorge in Verbau nicht in der wünschenswerten Weise erledigt würden.

Die IV. Abteilung hatte Freiherrn v. Jänsch in Verbau eingestellt und auf Kap. 51 des Haushaltsplans übernommen. Nachdem dies erreicht war, ist von der IV. Abteilung unter dem 24. Juni 1921 an die I. Abteilung des Ministeriums der Antrag gestellt worden, den Freiherrn v. Jänsch nunmehr auf Kap. 43 zu übernehmen. Unter dem 11. Juli 1921 hat die I. Abteilung den Freiherrn v. Jänsch auf Kap. 43 übernommen, und damit war der Freiherr v. Jänsch auf Umwegen in die innere Verwaltung eingedrungen. Dem Minister ist von diesem Vorgange keine Kenntnis gegeben worden. (Lebhaftes Hört, hört! links.)

Ich fasse zusammen: mäßige Begabung, reiche Herkunft, Verpöpfung und eine repräsentable Frau waren die Merkmale der früheren Personalpolitik. Und es war höchste Zeit, mit ihr gründlich aufzuräumen. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Mit Besorgungen allein ist nichts getan. (Sehr gut! links.) Ein Personenwechsel in Personalanteile mußte vorgenommen werden (Geneue Zustimmung links.) und wird weiter vorgenommen werden, um Wandel zu schaffen. Wir liegen es fern, aus diesen Vorgängen allgemein den Schluß zu ziehen, daß alle höheren Beamten nicht genügend juristische Kenntnisse besitzen. Es ist zu verwundern, daß trotz dieser Personalpolitik so viele vorzügliche Juristen der Verwaltung angehören. Das angewandte System mußte aber zu einer Degradierung der Leistungen der Verwaltung führen. (Wa, na! rechts.)

Das muß anders werden. In der inneren Verwaltung soll nur aufgenommen und gefördert werden, wer dazu fähig ist (Zurufe und Bewegung rechts.) und sich vorbehaltlos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellt. Das ist das Ziel der jetzigen Personalpolitik. (Lebhaftes Beifall links.)

Nun gestatten Sie mir, nachdem ich aus den Akten Vorgänge vorgetragen habe, zu dem, was der Hr. Dr. Wagner vorgetragen hat — das übrige behalte ich mir für die weitere Darstellung vor — einiges über die persönlichen Angelegenheiten, die er gegen Hr. Dr. Lempe gemacht hat, zu sagen. Ich weise diese Anschuldigung zurück. Hr. Dr. Wagner hat nicht den Schimmer eines Beweises dafür erbracht, daß Hr. Dr. Lempe für sein Amt nicht fähig wäre. (Sehr richtig! links.) Ob ich einen Beamten in ein Ministerium aufnehme, der Jurist ist und tüchtig ist, oder ob ich einen Politiker in ein Amt hineinsetze, darauf kommt es gar nicht an. (Zurufe: Bei Ihnen!) Für Sie kommt es nur darauf an, daß es ja kein Sozialdemokrat sein soll. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) M. D. u. H.! Vor etwa zwei Jahren ist unter den älteren höheren Beamten die Verabredung getroffen worden, daß jeder ältere Beamte in seinem Amt bleiben sollte, trotzdem er das 65. Lebensjahr überschritten hat, damit kein solch verdammtes Sozi in solch ein Amt kommt. (Zurufe links.) So ist es natürlich. M. D. u. H.! Damit glaube ich einen Teil der Personalpolitik der Vergangenheit, auch soweit Hr. Dr. Schmitt in Frage kommt, dargelegt zu haben. Es zeigt, daß sowohl der Minister als auch der Kreis-Hauptmann hintergangen worden sind, wenn es den Zweden der Beamtenpersonalpolitik diene. (Lebhaftes Bravo! links.)

Hierauf wird in die Besprechung der Anfrage eingetreten.

Das Wort zu einer Erklärung erhält

Abg. Müller (Chemnitz) (Soz.):

Zum Auftrage meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abgegeben: Wir betrachten die Anfrage als einen weiteren Vorstoß gegen die sozialistische Regierung, im besonderen gegen ihre Beamten. Derartige Aktionen sind von den bürgerlichen Parteien bis zu dem dem Radikalismus verdächtigen Zentrumsbündnissen schon so oft unternommen worden, daß es sich nicht mehr lohnt, lange darüber zu reden. (Sehr richtig! links.) Der Zweck derselben ist zu durchsichtig, und auch der größte Teil der Beamten hat bereits erkannt, daß es sich bei solchen Vorstößen nicht um Wahrnehmung von Staats- und Beamteninteressen handelt. (Sehr richtig!

links), sondern um reaktionäre Wankbrot. (Lebhaftes Sehr richtig! links.)

Zur Beantwortung der Anfrage im allgemeinen erklären wir im Gegenzug zu den dem Radikalismus Fragestellern, daß das, was bis jetzt auf dem Gebiete der demokratischen Umgestaltung der Verwaltung erreicht worden ist, uns durchaus nicht befriedigt. Wir wünschen, daß die Regierung die Demokratisierung des Beamtenkörpers energischer und zielstärker in die Wege leitet. (Bravo! links.) Das ist unsere Erklärung. Dazu noch ein Wort! Man könnte verneinen, daß die Ausführungen des Hr. Vizepräsidenten Dr. Wagner, die in höflicher, verteideter Form eine schwere Beleidigung der wirklich freigeordneten Beamten bedeutet, noch zurückzuweisen. Aber ich verzichte darauf angesichts des reichhaltigen Materials, das der Hr. Minister des Innern hier vorgetragen hat, und mit Rücksicht auf das, was er weiterhin auf die Anwälte des Hr. Vizepräsidenten Dr. Wagner, der ja berufen ist, die Ordnung dieses Hauses mit zu schützen, geantwortet hat. (Lebhaftes Sehr richtig! links.)

Abg. Böhmer (Dtsch. Sp.):

Weder die energische Erklärung von dem Kollegen Müller (Chemnitz) noch auch die komische Art, wie der Hr. Minister des Innern (Zurufe links: Komisch!) die Frage beantwortet hat, wird mich abhalten, das zu sagen, was ich sagen möchte. Das heißt, daß der Ministerialdirektor Dr. Schmitt in einer, ich möchte sagen, recht unehrenhaften Weise aus seinem Amte entlassen worden ist (Zurufe links: Viel zu rückwärts!) in dem er von seiner vorgelegten Dienstbescheinigung zum Schluß noch in einer öffentlichen Zeitung angegriffen worden ist. Der Tag:

Durch Neubeförderung der Leitung der ersten Abteilung des Ministeriums des Innern sollte die künftige Personalpolitik feingemacht werden von Familienangehörigen.

Ich nur dahin zu verstehen, daß der Ministerialdirektor Dr. Schmitt in dieser Beziehung große Fehler gemacht hat und daß er Familienangehörigen zum Siege verholfen hat ohne Rücksicht auf die Tüchtigkeit der Beamten. Es ist etwas sehr Ungewöhnliches, daß man so etwas in die Zeitung bringt, und zwar noch dazu von der vorgelegten Bescheinigung. (Abg. Kemmer: Weil es unangenehm ist!) Ob das unangenehm ist oder nicht, darauf kommt es weniger an. Aber es ist ein durchaus möglicher und zu verurteilender Zustand, wenn auf diese Weise, ich möchte sagen, parteipolitische Kämpfe auf dem Rücken der Beamten öffentlich ausgetragen werden. (Zurufe links: Durch Ihre Provokation!) Wenn man von Provokation reden wollte, so müßte man davon reden, daß es überhaupt höchst überflüssig war, daß darüber etwas in der Zeitung stand. Freier wurde das so gehalten: wenn Anlaß vorlag, eine Änderung vorzunehmen, so machte man das heimlich. Wenn das die Errungenschaft der Revolution sein soll, so ist das eine schlechte Errungenschaft.

Runmehr hat, was die objektive Seite dieser Frage anlangt, der Hr. Minister des Innern uns heute ein ganz gewaltiges Material vorgetragen. Ich muß offen sagen, ich hatte das schon erwartet. Es ist so ähnlich, wie damals bei der Orgehohehandlung. (Sehr richtig! rechts.) Da kam er auch mit einem Material heraus, ohne daß die geringste Möglichkeit für die geringen, die anderer Ansicht sind, bestanden hat, dieses Material zu prüfen? (Lebhaftes Zurufe links.) Oder verlangt man etwa, daß wir alles das, was der Minister uns vorgetragen hat, als ein Evangelium hinnehmen? Das kann man von uns nicht verlangen. Denn möge dieser Bericht auch auf objektivem Untergrund beruhen, so ist es doch eine ganz bekannte Tatsache, daß es ganz darauf ankommt, von wem, zu welcher Zeit, unter welchen Umständen und mit welcher Tendenz diese Aufstellungen erfolgt sind. (Sehr richtig! rechts.) Jedenfalls ist das gänzlich unangenehm und ich möchte direkt sagen, es widerspricht jedem parlamentarischen Brauche, daß mit einem Male plötzlich ein solcher Überfall mit Material erfolgt, zu dem man nicht Stellung nehmen kann. (Unruhe und Lachen links.) Zunächst gehört ja sehr viel von dem, was vorgetragen worden ist, überhaupt nicht her. Es wird trotzdem alles das, was, um mich so auszudrücken, das frühere Regime betrifft, was damals unrichtig war, auch vor uns zum großen Teil, jedenfalls von mir verurteilt. Auf keinen Fall aber kann Hr. Ministerialdirektor Dr. Schmitt dafür verantwortlich gemacht werden, denn er hat die damaligen Bräute nicht geschaffen, er hat die damaligen Besordnungen, insbesondere die Kabinettsordre, Besordnungen, die nicht gegeben. Es ist aber nicht nachgewiesen worden vom Hr. Minister, der in sehr wichtiger Weise von Familienangehörigen gesprochen hat, daß der Hr. Ministerialdirektor in einzelnen Fällen auf diese sogenannten Verwandtschaften bei Beförderungen Rücksicht genommen hat.

Was der Hr. Minister im übrigen vorgetragen hat, bleibt selbst wenn man es als richtig annehmen würde, immer noch den Beweis schuldig, daß tatsächlich Familienangehörigen, d. h. Verwandtschaften vom Hr. Ministerialdirektor bei der Beförderung von Stellen berücksichtigt worden sind.

Was über die einzelnen Fälle zu sagen ist, so kann man da natürlich heute nicht darauf eingehen. Wenn der Hr. Ministerialdirektor s. B. mit einzelnen Beförderungen nicht einverstanden war und dagegen seine Bedenken geltend gemacht hat, so würde meines Erachtens darin noch nicht einmal etwas zu finden sein. Es wäre aber verfehlt, auf das Material im einzelnen einzugehen, denn es fehlen die Grundlagen dafür, ob sich

bei ganz objektiver Betrachtung auch das Material so verhält, wie es vorgetragen worden ist. Ich möchte nicht unterlassen zu sagen, daß auch der Ablass des Hr. Ministerialdirektors Dr. Schmitt, wie mir heute mitgeteilt worden ist, ein gewisser Obersekretär Müller, gegen den bisher keine Klagen eingegangen waren, abgelöst worden ist, und zwar durch einen Herrn aus Chemnitz, soviel ich weiß, namens Köhler, der Wortführer der Sozialisten ist. (Aha! Rufe rechts.) Das ist ein Zusammentreffen, das doch erwähnt zu werden verdient. (Zurufe links: Wer hat Ihnen denn das weidgemacht!) Es liegt hier auf unserer Seite doch der starke Verdacht nahe, darin möchte ich Hr. Abg. Dr. Wagner beitreten, daß es wieder das gewöhnliche System gewesen ist; es wird bei der Beförderung von Beamtenstellen der parteipolitische Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt, daß ist das wirklich Ausschlaggebende. Und das ist das, wogegen wir uns schon sehr oft gewendet haben und uns immer wieder wenden werden.

Ich will auf die Persönlichkeiten, die hier in Frage kommen, gar nicht weiter eingehen, aber das ist ein großer Fehler, wenn man einen Beamten, der sein Amt in Folge jahrelanger Erfahrungen vollkommen beherrscht und der vor allen Dingen seinen Untergebenen überlegen ist, durch einen Herrn ersetzt, der zunächst diese Fähigkeiten ganz unzulänglich haben kann, denn es liegt ihm zunächst die Vorbildung, die erforderlich ist, einen so schwierigen Posten zu verwalteten, und es ist auch fraglich, ob er intellektuell auf derselben Höhe steht wie Hr. Ministerialdirektor Dr. Schmitt. Denn darüber sind sich auch Herren von links nicht im Zweifel gewesen, daß dieser auch intellektuell ein hervorragender Mann gewesen ist. Ich habe gehört, daß auch Rechtssozialisten gesagt haben, daß, wenn es überhaupt jemand verstanden hat, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden und mit den Parteien gut auszukommen, Hr. Ministerialdirektor Schmitt es gewesen ist. Ich meine, einen solchen Mann schick man nicht weg, wenn es nicht unbedingt notwendig ist. Nun sagt der Hr. Minister des Innern, es ist unbedingt notwendig. Wenn man das alles so annimmt, wie er es vorgetragen hat, dann muß ich mich doch aber wundern, warum vor allem kein Disziplinarverfahren gegen Hr. Ministerialdirektor Dr. Schmitt eingeleitet worden ist, denn das sind ja alles ganz erhebliche Verfehlungen. Bei einem Disziplinarverfahren hätte er sich auch gegen das alles verteidigen können, aber was hier im Landtage gesagt wird, gegen das kann er sich nicht verteidigen, er muß das alles so hinnehmen. Im übrigen muß man sich wundern, daß diese Postertätigkeit so lange gebuldet worden ist. Es sind doch nach unterschiedenen Vorgängen vom Hr. Minister Lipinski beigegeben. Es bleibt für uns also doch als Untergrund bestehen, daß dieses Prinzip, möglichst nur nach dem politischen Bekenntnis zu fragen, durchgeführt werden soll, und zwar in einer übertriebenen, das Staatsleben schädigenden Weise. Das wird ja auch bei jeder nächsten Gelegenheit betont, und ich muß es sehr bedauern. Ich möchte nicht daran vorbeigehen, daß der Hr. Wirtschaftsminister bei seinen Reden neulich in Reichen und Trauten, die großes Aufsehen erregt haben, in dieser scharfen Weise sich auch auf diesen Standpunkt gestellt hat. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß der Verwaltungstechnische und verwaltungswirtschaftliche Gesichtspunkt bei der Beförderung von Beamtenstellen an allererster Stelle steht, und daß das politische Moment demgegenüber zurücktreten muß. Wir kommen sonst zu einem ganz unzulässigen Beamtenrummel (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) und kommen, das ist die Hauptsache, das hat Hr. Kollege Dr. Seifert am 4. Oktober schon genügend hervorgehoben, zur Zerscherei und Zerscherei. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Wenn sich jemand bei seinen Vorgesetzten einschmeicheln will, so ist das der bequemste Weg, wenn er es auf diesem politischen Gebiete tut und sich dadurch eine gute Nummer verschafft. (Zurufe links: Den schmeißen wir hinaus!) Diese Gefahr liegt dann vor, wenn man die Demokratisierung und Politisierung des Beamtenkörpers übertrieben. Wenn wir einmal zur Regierung kämen — (Lachen links.) das wäre doch nicht ganz unmöglich — würden diejenigen Beamten, die bei der Beförderung um die Stellen oder, um bei ihrer dienlichen Tätigkeit Erfolg zu haben, einen politischen Gesinnungswechsel vornehmen, (Abg. Schwarz: Die schmeißen wir raus!) allerdings gleich herausgeschmeißt werden! (Lachen links.) Ich kann das nur bedauern, daß der Hr. Wirtschaftsminister in seiner Rede in Reichen gesagt hat, die früheren Beamten wären lauter Heulen gewesen, und Sabotagegehoram hätte bei ihnen geübt, so ist das falsch. Ich glaube, die Beamten werden sich für solche Begehungen bedanken. Es ist doch noch immer derselbe Beamtenrummel, den wir früher gehabt haben, und diesen werden Beamten nicht vorwerfen, sie hätten in spontanischer Verfassung gelebt. (Unruhe links.) Ich kann das nur bedauern, daß der Hr. Wirtschaftsminister selbst nicht Beamter gewesen ist, und ich kann sagen, daß ich in meiner Beamtenkarriere andere Erfahrungen gemacht habe. (Abg. Renke: Weil Sie deutschnational waren!) Das Beamtenrummel ist das feste Gerüst eines Staates, und es muß, so auch jetzt noch, und das bedingt das Bewusstsein, Überlegenheit über die Unterleuten, Pflichttreue, Charakterfestigkeit und vor allen Dingen (Abg. Renke: Eine hübsche Frau!) Verständnis für die Allgemeinheit ohne Parteilichkeit. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Reinhold (Dem.):

Wir sind vom Ministerlich aus manches gewöhnt, aber ich muß doch sagen, daß die Ant-